



In diesem Jahr demonstrierten Tausende von Menschen auf den traditionellen Ostermärschen bundesweit gegen Waffenlieferungen und die weitere Aufrüstung der Bundeswehr

Rheinmetall-Aktionäre in Champagnerlaune

Das Sterben in der Ukraine geht weiter!

Der Krieg in der Ukraine geht mit unverminderter Härte und vielen Toten auf beiden Seiten weiter. Seit über einem Jahr sterben auf den Schlachtfeldern russische und ukrainische Soldaten, werden Zivilisten in ihren Wohnungen durch Raketenbeschuss und Bombardements getötet. Mehr als Hunderttausend Tote auf beiden Seiten, ungezählte Kriegsverletzungen, nicht vorstellbare Schäden an Infrastruktur, Umwelt und Gebäuden, sind das Ergebnis dieses Krieges, der längst zu einem Stellvertreterkrieg zwischen der Nato und Russland geworden ist.

Der durch den russischen Einmarsch in die Ukraine entfachte Krieg kennt inzwischen keine Grenzen mehr. Die Ukraine wird dank westlicher Waffenhilfe vollgepumpt mit modernsten und immer tödlicheren Waffen. Rote Linien, die eine direkte Kriegsbeteiligung der Nato verhindern sollen, werden täglich neu überschritten. Panzer, Kampfflugzeuge, uranangereicherte Munition, alles wird geliefert, was einem Fortschreiten des Krieges dient. Die Kosten für den Waffenexport gehen in die Billionen, Russland soll ruiniert werden, das ist

das Ziel nicht nur unserer Außenministerin. Die Folgen dieses Krieges bezahlen die Menschen nicht nur in der Ukraine und in Russland, sondern auch in der westlichen Welt. Explodierende Heiz- und Energiekosten, kaum noch bezahlbare Wohnungen und verteuerte Lebensmittel, treiben Millionen in die Armut und zu den Tafeln.

Aufrüstungsspirale eskaliert und verhindert notwendige soziale und ökologische Reformen

Gleichzeitig ist eine nie dagewesene Aufrüstungsspirale in Gang gekommen. Während dringend notwendige soziale und umweltpolitische Reformen auf der Strecke bleiben, ist für neue Waffensysteme und Modernisierung der Streitkräfte nichts zu teuer. 100 Milliarden zusätzlich, für die Bundeswehr- kein Thema, neue Forderungen nach noch mehr Geld für Rüstung und eine Wiedereinführung der Wehrpflicht stehen im Raume. Diese Entwicklung droht außer Kontrolle zu geraten, die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den Großmächten ist so groß wie nie zuvor.

Doch es gibt nicht nur Verlierer durch Krieg und Aufrüstung. In den Chefetagen der Rüstungskonzerne knallen die Sektkorken. Jeder neue Kriegstag, jede neue Aufrüstungsrunde lässt ihre Aktionäre jubeln. Die Ostermärsche in diesem Jahr haben das friedliche und mahnende Gesicht unseres Landes gezeigt. Zehntausende Menschen waren auf den Straßen und Plätzen, um sich der Kriegs- und Aufrüstungspolitik entgegenzustellen. Ihre Forderungen haben sie unüberhörbar an die Adresse der Kriegspolitiker und Kriegsgewinnler gerichtet:

- Schluss mit der weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges!
- Endlich ernsthafte Verhandlungen statt weiterer Waffenlieferungen!
- Stoppt die Hochrüstung! Investitionen in Soziales, Umwelt, Bildung und Kultur statt in neue Atombomber!

Um dies zu erreichen, bedarf es einer starken Friedensbewegung – Helfen wir mit sie zu stärken!

1. Mai 2023: Tarifauseinandersetzungen, Kämpfe um Arbeitsplätze und Lehren aus der Geschichte



KollegInnen des Städtischen Klinikums im Warnstreik für eine gerechte Bezahlung

Dieser 1. Mai steht ganz im Zeichen der Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst. Die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft ver.di haben deutlich gezeigt, dass sie mit Klatschen nicht mehr zufrieden sind. Die Verteuerung des Lebens hat dramatisch zugenommen. Viele Familien kommen kaum mehr über den Monat. Also ist ein „Ende der Bescheidenheit“ nötig.



Auch im öffentlichen Nahverkehr gab es in Solingen Warnstreiks

Die Solidarität an diesem 1. Mai gilt weiterhin den Kolleginnen und Kollegen bei Borbet, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Sie wehren sich mit ihren Mahnwachen, Demonstrationen und vor Gericht. Wir haben unsere Verbundenheit mit ihnen bekundet und wünschen weiterhin viel Erfolg.



1. Mai-Demonstration im Jahr 2022

Der 1. Mai ist auch Anlass, über die wechselvolle Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung nachzudenken, ihre Siege und Niederlagen. Vor allem darüber, dass alle Errungenschaften vielfach hart erkämpft werden mussten und immer noch verteidigt werden müssen. Immer noch gilt: Der Mensch muss vor Profit gehen. Wir sind mehr wert!

Lasst uns abends für die Gas- und Stromkonzerne klatschen, statt die Erhöhungen zu zahlen.

Bei den Krankenschwestern und Pflegern hat es ja auch geklappt.



Aus der Geschichte lernen:

Mai 1933 war die große Niederlage der Arbeiterbewegung

Am 2. Mai 1933 besetzten SA und die Nazi-Betriebsorganisation (NSBO) die Gewerkschaftshäuser, das Eigentum der Gewerkschaften wurde beschlagnahmt und führende FunktionärInnen verhaftet, so auch in Solingen und den Nachbarstädten. Das Nazi-Terrorregime hatte einen Sieg errungen. Die Arbeiterbewegung wurde der faschistischen Diktatur unterworfen. Am Ende war Europa verwüstet, die Völker geschunden, das eigene Land zu Schanden gerichtet.

Wie konnte es so weit kommen?

Da gehen die Meinungen weit auseinander. Die herrschenden Meinungsmacher zeigen gerne auf andere. Insbesondere hat das Kapital mit der Aufarbeitung der eigenen Schuld große Mühe und will von seiner Urheberschaft so gar nichts wissen. Denn deutsche Bankiers und Industrielle waren es, die die schlimmsten rassistischen und nationalistischen Gewaltverbrecher an die Macht holten und diese bereits vorher lange gefördert und finanziert hatten. Und sie waren es auch, die schließlich von Rüstung, Krieg und Versklavung anderer Völker fleißig profitieren konnten. Dazu gehört auch, dass ihre Parteien 1933 allesamt Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt und damit die Weimarer Demokratie dem Faschismus preisgegeben haben.

Zur Einschätzung gehört aber auch, dass die Gewerkschaften und der Großteil der Arbeiterparteien KPD und SPD dem aufkommenden Faschismus wenig entgegengesetzt haben. Schon gleich nach der Machtübertragung an die Nazis hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) die politische Neutralität gegenüber dem Nazi-Regime erklärt. Am Schlusspunkt einer Reihe von Selbstdemütigungen standen die Aufrufe zum 1. Mai 1933, den die Nazis zum „Tag der nationalen Arbeit“ umgedeutet hatten. Und das alles, wo klar sein musste, dass der massenhafte Terror, Mord und Totschlag gegen FunktionärInnen der Gewerkschaften den Einstieg in den totalen Faschismus bedeuten musste. Aber der Ernst der Lage wurde nicht erkannt.

Auch in Solingen hoffte der sozialdemokratisch orientierte ADGB, dass seine Gewerkschaften vom Nazi-Zugriff verschont blieben und boten sogar ihre Mitwirkung zur Maifeier 1933 an. Das Verbiegen kannte kaum

Grenzen: Aus eigenem Antrieb entfernte der ADGB sogar jüdische Mitglieder aus seinen Vorständen. Nicht mal zu außerparlamentarischem Widerstand hatte man den Mut. An Hindenburgs Verfassungstreue wurde geglaubt. Selbst als Hitler schon Kanzler war, schreckte die SPD vor einem Generalstreik zurück mit der jämmerlichen Begründung, man dürfe Hitler „nicht den Anlass geben, die Verfassung zu brechen“. Da war sie längst schon zertreten. Die Arbeiterparteien waren zutiefst zerstritten und unfähig zur Einigkeit. Noch 1920 hatte ein Generalstreik die Putschisten gestoppt. Was damals zur Abwehr des Kapp-Putsches funktionierte, gelang 1933 nicht. Der Weg war frei für die Nazis. Goebbels notierte in sein Tagebuch: „Alles rollt programmgemäß ... Die Roten haben ihre große Stunde verpasst“.

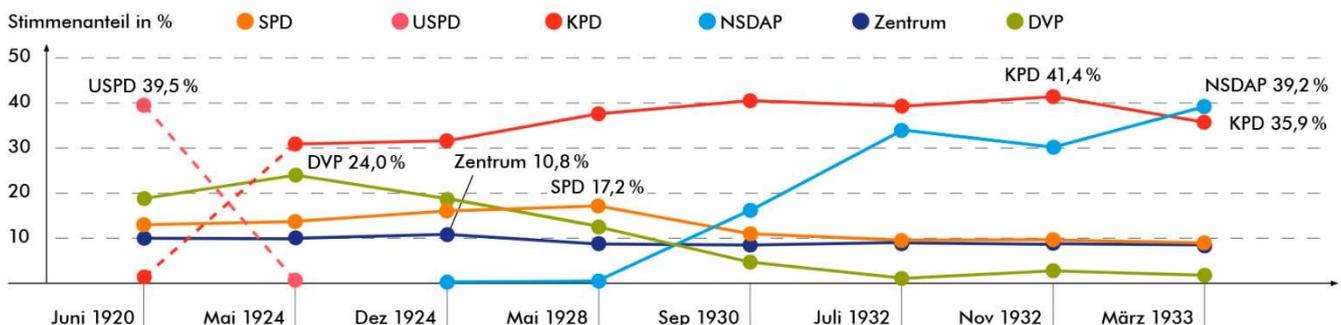
Was lernen wir daraus?

Die Demokratie muss zu jeder Stunde gegen Angriffe von Rechts verteidigt werden - und zwar gemeinsam. Es gilt, die aus den Erfahrungen der Geschichte entstandene Einheitsgewerkschaft zu leben und zu schützen. Rassismus, auch in den eigenen Reihen, darf nicht geduldet werden. Die Gewerkschaften müssen die Lebenslage der Menschen konsequent vertreten und verbessern helfen. Rechte greifen dort an, wo Menschen mutlos sind, sich sozial benachteiligt und ausgegrenzt fühlen, sich hilflos einer Geld- und Machtelite gegenüber sehen.

Von all dem gibt es in unserer Gesellschaft viel – zu viel!



Im Mai 2023 beginnt eine Aktion der Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum. Entlang des Bauzauns an der Max-Leven-Gasse und der Kölner Straße wird über Orte und Persönlichkeiten des Widerstands informiert, Visualisierung: Max-Leven-Zentrum Solingen e.V.



Ergebnisse der Reichstagswahlen in Solingen (bis 1928: Stadt Solingen bestehend aus Alt-Solingen und Dorp, ab 1930: Groß-Solingen). Herausgehoben sind die jeweils besten Ergebnisse. In der Darstellung fehlen DNVP und weitere Kleinparteien. Quelle: 50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919–1968, Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1969, Grafik: Max-Leven-Zentrum Solingen e.V.

Solidarität mit den Beschäftigten bei Borbet Solingen – erste (Teil-)Erfolge vor dem Arbeitsgericht



Protest der Beschäftigten von Borbet gegen die Werksschließung in Solingen

Borbet ist ein Automobilzulieferer, der in Solingen schon in der Vergangenheit durch seine beschäftigtenfeindliche Politik aufgefallen ist. Im Jahr 2019 wurde der Betriebsrat gerichtlich aufgelöst und ein neuer, arbeitgeberfreundlicher Betriebsrat eingesetzt. Mitte 2020 wurde dann der Haustarifvertrag, der seit 2003 ausschließlich für den Solinger Standort galt, von Seiten der Geschäftsführung aufgekündigt, trotz hoher Gewinne des Unternehmens in den letzten Jahren. Das reichte aber anscheinend nicht um Kosten zu sparen, denn Dezember 2021 wurde für das Solinger Werk erst ein Schutzschirmverfahren beantragt, um dann im März 2022 ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung für das Solinger Werk zu eröffnen.

Lohndumping führt zu Werksschließung

Das Unternehmen versucht dabei keineswegs zu verstecken, weshalb ausgerechnet der Solinger Standort abgewickelt werden soll. Immer wieder wurde von den höheren Produktionskosten, insbesondere für Personal, gesprochen. Um diese zu umgehen hat das Unternehmen Aufträge auf Standorte mit niedrigeren Löhnen für die Beschäftigten umgeleitet, so dass argumentiert werden konnte, der Standort würde sich nicht mehr rechnen. Am 28. November 2022 wurde Konkurs angemeldet und die Produktion zum 1. Januar 2023 eingestellt.

Die ArbeiterInnen des Solinger Borbet-Werkes berichten, dass dennoch auch während des Insolvenzverfahrens, immer wieder eine große Anzahl von LeiharbeiterInnen eingesetzt wurden, um die vorhandenen Aufträge bearbeiten zu können. Sie sprechen von einem abgekarteten Spiel und sind wütend, dass es der Geschäftsführung möglich ist, trotz hoher Gewinne des Unternehmens, ihren Standort zugunsten anderer Werke zu schließen, in denen schlechter bezahlt wird. Doch lässt die Belegschaft dies nicht auf sich sitzen. Von den etwa 600 Beschäftigten, die von Borbet ohne Abfindung auf die Straße gesetzt wurden, hat trotz massiven Drucks nur etwa die Hälfte den Übergang in eine von Borbet eingerichtete Transfergesellschaft

vollzogen und dabei auch die Aufgabe all ihrer juristischen Rechte in Kauf genommen.

Großteile der Belegschaft zeigen sich kämpferisch

Eine große Anzahl kämpferischer KollegInnen hat sich das nicht bieten lassen und organisiert seit dem 27. Dezember 2022 täglich einen Protest vor dem Werkstor, an dem bis zu zweihundert ArbeiterInnen und ihre Familien teilnehmen. Zusammen mit der IG-Metall wurde auch eine Demonstration im Sauerland zum Hauptwerk des Unternehmens organisiert. Die Solinger Borbet ArbeiterInnen gaben nicht auf und machten ihrer Wut weiter Luft, auch vor Gericht. Am 25. März 2023 titelte das Solinger Tageblatt: „Juristische Schlappe für die Borbet Solingen GmbH“ und am 2. April: „Borbet verliert weitere Prozesse wegen Kündigungen“. Das Arbeitsgericht Solingen hat damit bereits in einer Vielzahl von Verfahren festgestellt, dass die Kündigungen schon aus formalen Gründen unwirksam waren. Es bleibt zu hoffen, dass die Borbet-Bosse auch in den übrigen Verfahren entsprechende Niederlagen erleiden und den Solinger KollegInnen die ausstehenden Gehälter ausgezahlt werden müssen.

Wer die Borbet-KollegInnen unterstützen möchte, kann sie bei ihren Mahnwachen vor dem Werkstor täglich ab 15 Uhr oder bei ihren Kundgebungen samstags um 13 Uhr in der Solinger Innenstadt besuchen.

Wir als DKP Solingen sowie die SDAJ Solingen solidarisieren uns mit den ArbeiterInnen, die von Borbet auf die Straße gesetzt wurden und ihrem Kampf!



ArbeiterInnen von Borbet bei ihrer wöchentlichen Kundgebung in der Solinger Innenstadt



Weitere Informationen: www.dkp-solingen.de

E-Mail: dkp-solingen@web.de

V. i. S. d. P.: Horst Krämer, Melanchthonstr. 5, 42653 Solingen

30 Jahre Solinger Brandanschlag – Schock, Mahnung, Widerstand

In der Nacht des 29. Mai 1993 wurde das Haus der türkischstämmigen Familie Genç und ihrer Verwandten von vier Solinger Jugendlichen angezündet, fünf Menschen wurden dabei ermordet: Hülya Genç, Gülüstan Öztürk und Hatice Genç kamen in den Flammen ums Leben, Güstün Ince und Saime Genç starben bei einem Sprung aus dem Fenster. Die meisten dieser Frauen waren nicht einmal volljährig. Weitere Personen, darunter ein Säugling, wurden teils lebensgefährlich verletzt.

Der Solinger Brandanschlag ist nur ein Beispiel vieler anderer rechter Anschläge in dieser Zeit. Ähnlich rassistisch motivierte Taten ereigneten sich damals auch in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mölln; sieben Jahre später begann zudem die NSU-Mordserie.

Einfluss des Verfassungsschutzes bis heute unklar

Ungeklärt ist bis heute der Zusammenhang zwischen dem Anschlag und dem Mitwirken des Verfassungsschutzes. Drei der vier Täter trainierten zum damaligen Zeitpunkt in der Kampfsportgruppe „Hak Pao“. Leiter der Gruppe war Bernd Schmitt, der vom Verfassungsschutz ausgebildet wurde, und der auf Initiative von Meinolf Schönborn als Vorsitzendem der später verbotenen „Nationalistischen Front“ TeilnehmerInnen aus der Neonazi-Szene zu Saalschützern ausbildete. Es scheint unglaublich, dass der Anschlag einzig von alkoholisierten, spontan handelnden, wenig gebildeten, asozialen Einzeltätern verübt worden ist, wie von Regierungssprechern seinerzeit behauptet wurde. Es liegt vielmehr sehr nahe, dass ähnliche Strukturen wie beim NSU, bei welchem mindestens 40 V-Leute um das Kerntrio aktiv waren, bewusst und gesteuert rechtsradikales Gedankengut als Samen für politisch wie gesellschaftlich polarisierende und Aufsehen erregende Taten nutzten.

Erst gut ein halbes Jahr nach dem Solinger Brandanschlag wurden bei Hausdurchsuchungen Akten von höchster Brisanz beschlagnahmt. In den Akten fanden sich u. a. Namenslisten von Personen der linken Szene Solingens, Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails und Lageskizzen von Wohnungen in denen MigrantInnen lebten sowie Kontaktdaten von Geldgebern. Warum geschahen diese Untersuchungen erst so spät und warum konnten daraus keine weitergehenden Erkenntnisse in Bezug auf eine mögliche Mittäterschaft des Verfassungsschutzes gezogen werden? Alle genannten Punkte sprechen für eine strukturierte und durchdachte Anschlagplanung eines ganzen Netzwerks, nicht nach einer Spontanaktion alkoholisiert zielloser Jugendlicher.

Bis heute ist der Einfluss des Verfassungsschutzes auf vergleichbare, rassistisch und faschistisch motivierte Anschläge, wie jüngst in Hanau, Halle oder Kassel nicht geklärt. Und das, obwohl seit 1990 nach Behördenangaben mindestens 94 Opfer rechtsextremer Gewalt gezählt wurden, andere Schätzungen gehen von knapp 200 Todesopfern aus, zumal viele Taten fälschlicherweise nicht als politische Taten eingestuft werden. Man sieht: Rassistische Anschläge, die durch gefestigte Strukturen und Netzwerke geplant und durchgeführt werden, sind kein Einzelfall und werden weiterhin stattfinden, wenn der Verfassungsschutz die Strukturen rechtsextremistischer

Parteien und Organisationen durch seine Unterstützung stärkt und seine Mitwirkung und Schuld an allen Taten der rechten Szene nicht lückenlos aufgearbeitet wird. Doch an einer solchen Aufarbeitung besteht offenkundig ganz bewusst kein Interesse. Es ist unsere Aufgabe als antifaschistische Kräfte eine vollständige Aufklärung der Rolle des Verfassungsschutzes bei allen rassistisch motivierten Anschlägen sowie einen Stopp staatlicher Subventionen für rechtsextremistische Organisationen zu fordern.

Traditionell finden zum Jahrestag des Brandanschlages in Solingen verschiedene Gedenk- und Protestaktionen statt, um ein Zeichen für Weltoffenheit, Respekt und kulturelle Vielfalt zu setzen. Auch dieses Jahr sind viele Aktionen geplant.



Hervorzuheben ist die landesweite Demonstration am 29. Mai 2023 unter dem Motto „30 Jahre danach: ... und die rechte Gewalt reißt nicht ab!“. Sie startet um 12 Uhr am Graf-Wilhelm-Platz. Im Aufruf dazu wird gefordert:

- Aufklärung der Rolle des VS beim Solinger Brandanschlag – auch bei allen anderen Anschlägen!
- Auflösung des VS und Stopp staatlicher Subventionen für rechte Organisationen!
- Solidarität mit den Opfern von Rassismus und Faschismus!
- Gleiche politische und soziale Rechte für alle hier lebenden Menschen!

Außerdem hat die VVN-BdA Solingen zum Jahrestag für den 22. Mai 2023 den Bestseller-Autor Wolfgang Schorlau zu einer Lesung eingeladen. Thema seines Romans ist die NSU-Mordserie. Er beleuchtet darin die Rolle von Polizei und Verfassungsschutz und stellt dabei die Frage zur Mittäterschaft von Teilen der Staatsorgane. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr im Zentrum Frieden, Wupperstraße 120 in Solingen. Eintritt 10 Euro, ermäßigt 5 Euro.

Solingen bekommt eine fünfte Gesamtschule

Bereits seit einigen Jahren ist absehbar, dass die vorhandenen Kapazitäten der Solinger weiterführenden Schulen nicht ausreichen. Zurzeit stehen knapp 1540 Plätze in den Schulen ab Klasse 5 zur Verfügung. Die Entwicklung in den Grundschulen zeigt jedoch, dass spätestens ab dem Jahr 2025 ca. 1640 SchülerInnen pro Jahrgang in den weiterführenden Schulen angekommen sein werden. Damit fehlen rund 100 Plätze, das entspricht vier Klassen, die nach bisheriger Planung nicht zur Verfügung gestellt werden können. Als Gründe für diese Unterdeckung wird von Seiten der Stadt angeführt, dass in der Vergangenheit eher davon ausgegangen wurde, dass die Einwohnerzahl in Solingen sinken würde. Aufgrund der Zunahme der Bevölkerung z. B. durch Neubaugebiete, aber auch durch Menschen, die nach Deutschland eingewandert oder geflüchtet sind, mussten die Zahlen nach oben korrigiert werden.

Die bisherige Anmeldesituation zeigt, dass die Schulformen durchaus unterschiedlich nachgefragt werden. Bereits seit vielen Jahren reichen insbesondere die Plätze an den Gesamtschulen nicht aus. So konnte auch in diesem Jahr über 50 Eltern, die ihre Kinder an Gesamtschulen anmelden wollten, dieser Wunsch nicht erfüllt werden. Mit steigenden SchülerInnenzahlen ist in den nächsten Jahren davon auszugehen, dass diese Zahl eher noch wachsen wird. Die als Alternative zur Gesamtschule vor einigen Jahren gegründete Sekundarschule am Standort Central konnte diese Erwartungen nicht erfüllen. Seit ihrer Gründung hat es die Schule nicht aus eigener Kraft geschafft, bereits in der ersten Anmeldephase die erforderlichen drei Klassenzüge zu erreichen. In diesem Jahr gab es z. B. nur 27 Anmeldungen. Das bestätigt, dass die Eltern Schulen bevorzugen, die alle Abschlüsse anbieten, also ihren Kindern auch den Weg zum Abitur in der eigenen Schule ermöglichen. Die Tatsache, dass seit Jahren ohne die zweite Anmeldephase keine drei Klassen gebildet werden können führt nun dazu, dass die Sekundarschule aufgelöst werden muss.

Um nun die fehlenden vier Züge in der Sekundarstufe I schaffen zu können, plant die Stadt Solingen, im Rahmen des Neubaus des Schulzentrums Vogelsang dort zukünftig neben dem Gymnasium eine neue Gesamtschule zu schaffen. Die Gesamtschule soll ab dem Schuljahr 2024/25 zunächst vierzünftig am Standort Central starten und im Rahmen des Umzugs in das neue Schulgebäude am Vogelsang sechszünftig werden. Die Realschule Vogelsang verbleibt bis zum Abriss des jetzigen Gebäudes am gewohnten Standort. Der Neubau eines Schulzentrums ermöglicht, die Planungen des Gebäudes optimal auf die Bedarfe einer Gesamtschule anzupassen. Außerdem soll die Gesamtschule Höhscheid ebenfalls um zwei Klassen pro Jahrgang erweitert werden, sodass auf diese Weise die fehlenden vier Züge perspektivisch geschaffen werden können.

Die DKP Solingen begrüßt ausdrücklich die Pläne zur Schaffung einer weiteren Gesamtschule, da dadurch ihre jahrelange Forderung nach Ausweitung des Gesamtschulangebotes in Solingen erfüllt werden kann.



Verramscht die Stadt Solingen ehemaligen Hauptbahnhof?

Immer mehr Stimmen regen sich, die fragen, was geschieht eigentlich mit unseren öffentlichen Gebäuden? Was wurde nicht schon alles verkauft? Der Verkauf der Bäder, der Eissporthalle, der Stadtsäle usw. sollte der Not leidenden Stadt helfen. Hat es aber nicht. Die Stadt ist heute kein bisschen weniger Pleite. Jetzt ist der ehemalige Hauptbahnhof dran. Erst wurde er mit Millionen saniert. Jetzt sei er so marode, dass nur noch ein Verkauf Sinn gäbe. Der kritische Geist fragt sich, ob das so mit rechten Dingen zugehen kann. Zuerst sanieren, dann als marode verramschen. Offensichtlich will die Stadt das Ding vom Hals haben, irgendwie. Aber das ist Eigentum der BürgerInnen und darf nicht auch noch einem „Investor“ in den Schoß geworfen werden.

Kein Giftgas in unserer Region

Immer noch sind Bürgerinitiativen aktiv, auch wenn schon mehrere Gerichtsverfahren negativ ausgingen. Es geht um gasförmiges Kohlenmonoxid (CO), das Covestro (Bayer) von Werringen nach Krefeld durch eine Leitung pumpen will. Dieses Gas ist giftig und hochgefährlich. Eine Havarie oder ein Schaden durch eine Beschädigung der Leitung hätte eine Verseuchung der ganzen Region durch austretendes Giftgas zur Folge. Eine Katastrophe, ein GAU.

Die Städte, die sich bisher an der Klage beteiligt haben, auch Solingen, ziehen sich jetzt zurück. Es gäbe keine Chance mehr auf gerichtlichen Erfolg. Dem stehen Bürgerinitiativen aus betroffenen Städten und der Bund für Umwelt- und Naturschutz entgegen. Sie wollen nicht aufgeben, sie wollen kein Giftgas und organisieren darum weiterhin Proteste.

Als der Rat der Stadt Solingen mit wenigen Gegenstimmen bzw. Enthaltungen entschieden hat, ebenfalls aus der Klage auszutreten, hat unsere Fraktion aus Die Linke/Die Partei mit der Mehrheit gestimmt. Die Mitglieder der DKP in dieser gemeinsamen Fraktion bedauern das und distanzieren sich von der Haltung ihrer Ratsmitglieder. Linke sollten sich nicht an den Meinungsmachern aus CDU etc., die auf sicher unterschiedlichen Weise mit der Wirtschaft verhandelt sind, orientieren, sondern sich dem außerparlamentarischen Widerstand anschließen.

Wir bleiben dabei: Kein Giftgas in unsere Region!

Haushalt beschlossen: Doch die Stadt hängt im finanziellen Chaos

Im März hat der Rat den Haushalt für die Stadt Solingen beschlossen. Die Kämmerei hatte sich redlich bemüht ein Regelwerk aufzustellen, mit dem man so über die Runden kommt. Das ist jedoch schwer zu machen, denn die Stadt ist hoch verschuldet. Man war sogar zu einem Trick gezwungen, nämlich Schulden in Millionenhöhe, die u. a. wegen der Corona-Krise entstanden sind, in einen Schattenhaushalt zu transferieren, also unter den Teppich zu kehren. Abzuzahlen: in den nächsten 50 Jahren. Auf diese Weise konnte sogar ein Plus im Haushalt verkündet werden. Lachhaft.

Diese Unehrlichkeit hatte die Fraktion Die Linke/Die Partei veranlasst, mit zwei ihrer drei Stimmen den Haushalt abzulehnen. Die Fraktion hatte einen ökologisch und sozial orientierten Haushalt verlangt. Allein das Handeln gegen die Klimakatastrophe und die entsprechenden Schutzmaßnahmen erfordern für Solingen einen Finanzbedarf von 260 Millionen Euro bis zum Jahr 2030. So benennt es die Studie „Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen“ Nr. 09/2021. Was in Solingen schon geschieht, begrüßen wir. Aber es reicht bei Weitem nicht aus!

Verkehrswende in Solingen vor dem Aus?

Statt den Öffentlichen Nahverkehr auszubauen und Neues zu verwirklichen, droht das Jetzige sogar in die Krise zu geraten. In großer Offenheit hat der zuständige Beigeordnete der Stadt die Katze aus dem Sack gelassen: Was wir haben, funktioniert nicht mehr. Die bisherige Finanzierung durch die Technischen Betriebe von jährlich 9 Millionen Euro reicht nicht mehr; 2,9 Millionen Euro müsse jetzt die Stadtkasse zusätzlich aufbringen. Nicht nur der Kämmerer stöhnt. Deshalb ist zu befürchten, dass schon bald die Fahrpreise wieder einmal erhöht werden.

So werden die Weichenstellungen in Richtung Verkehrswende wohl noch lange auf sich warten lassen. Aber wie zu hören ist, lassen die Akteure nicht locker. Sie können mit uns rechnen.

Keine städtischen Initiativen gegen Wohnungsnot

Wir beklagen auch, dass die Stadt sich beharrlich weigert, mit einer eigenen Initiative helfend in den Wohnungsbau einzugreifen. Der Bestand an günstigen Wohnungen, auch öffentlich finanziert, geht von Jahr zu Jahr zurück. MieterInnen stöhnen über die hohen Mieten und steigenden Nebenkosten. 40 Prozent und mehr des verfügbaren Einkommens müssen viele Familien mittlerweile dafür ausgeben. Die Baugenossenschaften leisten Großartiges, doch es reicht nicht aus. Eine kommunale Wohnbaugesellschaft könnte helfend eingreifen, wie die DKP schon seit Jahren fordert. Auch in diesem Haushalt ist der Antrag der Linken/Die Partei wieder gestellt worden und wieder unberücksichtigt geblieben. Weiterhin wird der Wohnungsbau vorwiegend privaten Investoren überlassen und deren Gutdünken, ob sie solche Wohnungen bauen oder nicht. Diese entscheiden sich für

„eher nicht“, denn mit dieser Art Wohnung ist kein richtiger Profit zu machen. Sie bauen meist hochpreisig; gemeinnütziger Wohnungsbau rentiert sich für sie nicht. So werden Betuchte und Geldanleger eher bedient.

Öffentliche Daseinsvorsorge bleibt auf der Strecke

Schulen, Kultur, das Klinikum, Freizeitangebote, Bestand öffentlicher Gebäude, Straßen, Radwege – das alles bleiben gewaltige Aufgaben, an der die Stadt zu knapsen hat. Ohne mehr Geld geht es aber nicht. Schon allein deswegen dürfen wir uns eine Arena nicht leisten.

Gäbe es Schulnoten, so erhielt dieser Haushalt höchstens ein „ausreichend bis mangelhaft“. In Wichtigem wird er den Anforderungen der Zeit nicht gerecht. Die Schulen sind in einem schlechten baulichen Zustand, vieles ist marode. Versäumnisse der Vergangenheit holen uns ein. Es fehlt an Schulraum und an geeigneten Sportstätten. Die Angebote des Offenen Ganztags reichen nicht aus und der Mangel an Kita-Plätzen ist selbst mittelfristig nicht zu beheben.

Solingen muss eine soziale und ökologische Stadt werden. Ohne Geld von Bund und Land geht das aber nicht. Wir fordern weniger für Rüstung und Krieg auszugeben und eine höhere Besteuerung der Reichen und Superreichen!



Lebensgrundlagen schützen

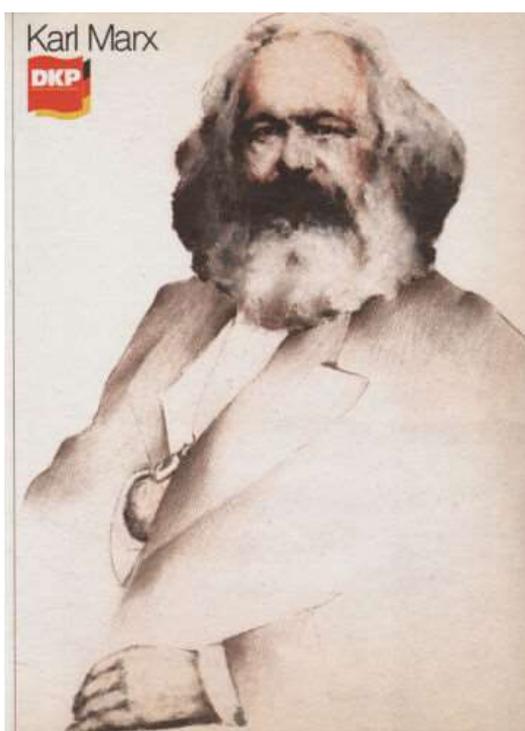
Die Versiegelung mit Pflaster oder Beton geht unvermindert weiter, auch in Solingen. So gehen wertvolle Flächen verloren, die für das Grundwasser und das Klima wichtig wären. Zurecht fordern Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen, solche Flächen zu belassen und auch zurückzubauen. Im Blick ist auch das Gelände Buschfeld in Wald von 17 Hektar. Vernünftiger Weise hat der Rat beschlossen, das Buschfeld als „Freiraum und Agrarbereich“ zu schützen und einen Antrag zur Herausnahme aus dem Regionalplan an die Bezirksregierung zu stellen. Die FDP als Wirtschafts- und Unternehmerpartei mopert jedoch: Solingen habe nicht genügend Flächen für Gewerbe, deshalb soll das geschützte Buschfeld in Frage.

Ja, die Damen und Herren haben den Warnschuss der Klimakatastrophe nicht gehört. Nach unserer Meinung ist der enge Schulterschluss von Verbündeten in Politik, Verbänden und Initiativen zum Schutz des Buschfeldes notwendig. Es geht um die Lebensqualität in der Stadt.



Steigende Kriegsgefahr, höhere Preise, Klimawandel, Leistungsdruck in Schule, Uni und Betrieb? Es ist Zeit für Widerstand!

Unter diesem Motto veranstalten wir, die SDAJ, an Pfingsten, 26.-29. Mai 2023 das Festival der Jugend im Jugendpark in Köln direkt am Rhein. Ein Wochenende voller politischer Workshops, Konzerte, Kulturangebote und Sport – organisiert von jungen Leuten aus ganz Deutschland, unterstützt von Gewerkschaften, Schülervertretungen und linken Organisationen. Weitere Infos, Kontakte und Mitfahrgelegenheiten unter: info@sdaj-solingen.com, Instagram: [sdaj_sg](https://www.instagram.com/sdaj_sg)



***Karl Marx wird 205:
Herzlichen Glückwunsch***

Am 5. Mai 1818 wurde Karl-Marx in Trier geboren. Viele meinen, Marx und Engels wären nicht mehr aktuell, weil die Zeiten eben heute ganz anders seien. Sie irren. Natürlich kannten beide noch keinen Computer und hätten gestaunt über die Erfolge der Raumfahrt. Das, was sie schrieben, ist aber nicht nur wegen ihrer Methode, alles kritisch zu hinterfragen, von bleibendem Wert. Viele ihrer Äußerungen helfen uns heute, diese Welt besser zu durchschauen. Um zu verstehen, wie der heutige Kapitalismus „tickt“, ist ein Blick, vielleicht sogar ein tieferer Blick in das, was wir unter Marxismus verstehen, unentbehrlich.

Als Einstieg ist die kleine Serie „Marx und Engels aktuell“, die immer ergänzt wird, sehr nützlich. Diese findet sich bei der Marx-Engels-Stiftung www.marx-engels-stiftung.de

Oder auch hier kann jegliche Neugier zum Thema befriedigt werden: www.marxistische-blaetter.de